

„Neuen Schmerz und Wut beschert“

Debatte um Entfernung von weißem Fahrrad: Trauerarbeit oder politische Instrumentalisierung?

Die Entfernung der Gedenkinstallation zum Tod einer Radfahrerin in der Bahnhofstraße hat bei Angehörigen für Bestürzung gesorgt. In einem Brief kritisieren sie den Schritt des Magistrats.

von Björn Wisler

Marburg. „Ich kann nicht tatenlos zusehen, wie respektlos die Stadt Marburg mit dem Andenken umgegangen ist“, heißt es in einem Schreiben aus dem Umfeld der Verstorbenen, der der OP vorliegt. Die Handhabung der Stadt mit dem Denkmal sei „respektlos dem Opfer, der Familie und allen Angehörigen gegenüber“, wobei diese doch eigentlich Verständnis verdient hätten, habe „große Trauer, neuen Schmerz und Wut beschert“.

Es stelle sich die Frage, was die Stadt durch die Entfernung des Fahrrads gewonnen habe. „Wir wissen aber definitiv was wir verloren haben. Einen Ort, an dem wir aus aller Welt kommen können, um an unsere Freundin zu denken. Einen Ort, an dem wir trauern können. Einen Ort, an dem wir an die toten Tage und Momente zurückdenken können.“ Und vor allem einen Ort, der „symbolisch dafür steht, was in der Marburger Verkehrsplanung schief läuft. Auch die Lokale Agenda hält die Entfernung für „höchst bedauerlich“, wie Wolfgang Schurek sagt. Auch für Henning Köster, Linken-Stadtverordneter und einer der Gedenk-Organisatoren, ist die Entfernung des weißen Fahrrads nahe des Postgebäudes „empörend“. Ein Gedenkort sei seitens des Ordnungsamts „kalt gelöscht worden“. Anderswo, etwa an Landesstraßen auch rund um Marburg stünden Kreuze am Straßenrand, „um nichts anderes als das zu tun, als der Trauer Ausdruck zu



An dieser Stelle in der Bahnhofstraße verunglückte eine Studentin mit ihrem Rad am 1. Februar 2017 tödlich. Die Gedenkinstallation ist kurz nach dem Jahrestag von der Stadtverwaltung entfernt worden.

Foto: Thorsten Richter

verleihen“. Die CDU wittert angesichts des anhaltenden Protests „eine politische Instrumentalisierung eines tragischen Unfalls“, wie Karin Schaffner, Stadtverordnete, sagt. Das Unglück werde seitens „einer Rad-Lobby als Plattform genutzt, um sich selbst in einem strahlenden Licht zu präsentieren und gleichzeitig Autofahrer als Bühnenmänner zu verteuflern“. An den Lkw-Fahrer oder andere Augenzeugen des Verkehrsunfalls denke niemand, „obwohl auch die mit der Tragik und der

schlimmen Erinnerung leben müssen.“

Genau das sei der Grund für die Entfernung des Gedenkfahrads gewesen, erklärt Bürgermeister Wieland Stötzel (CDU): Anwohner und Gewerbe-Mitarbeiter, die den tödlichen Unfall vor einem Jahr mitbekommen haben, hätten bei der Bewältigung der Geschehnisse einen „Zeitpunkt erreicht, über den Anblick des Fahrrads nicht mehr täglich an den Schrecken erinnert werden zu wollen und stattdessen Ruhe zu finden“, er-

klärt er in der Sitzung des Verkehrsausschuss. Köster entgegnet: „Auch ohne dass ein Rad da steht, werden Augenzeugen sich daran erinnern. Obrigkeitstaatliches Wegmachen eines Gedenkortes kann doch keine Lösung sein.“ Es sei „wieder mal sehr deutlich, welche Prioritäten man seitens der Politik setzt“, heißt es dazu im Brief von Angehörigen an die Stadt.

Es sei, so Stötzel die Entscheidung der Eltern, die nun seitens des Magistrats angeschrieben worden seien, ob es eine andere

Form, einen anderen Gedenkort geben könnte. „Das hat mit Politik nichts zu tun, es gibt einfach eine größere Zahl Betroffener, denen man gerecht zu werden versucht.“

Zu einem „sensiblen Umgang“ mahnt Fabio Longo (SPD). Es solle wegen des Todes der 27-jährigen Studentin keine verkehrspolitischen Debatten geben, zumal der Stadtverwaltung der problematische Bereich in der Bahnhofstraße bekannt sei und in Zukunft umgestaltet werde (OP berichtete).

POLIZEI

Taschendieb greift in Rucksack

Marburg. „Leider gibt es derzeit noch keine Hinweise zu einem Taschendiebstahl, der nach Angaben des 76-jährigen Opfers nur am Freitag, 9. Februar, gegen 17.20 Uhr an der Ampelkreuzung Universitätsstraße/ Gutenbergstraße passiert sein kann“, berichtet Polizeisprecher Martin Ahlich. Aus dem verschlossenen, auf dem Rücken getragenen Rucksack fehlte die Geldbörse mit Ausweisen und verschiedenen Debit-Karten. Dies stellte die Frau fest, als sie bei ihrem Fahrrad ankam. Zu dieser Zeit war der Reißverschluss des Rucksacks offen. Die Kriminalpolizei Marburg ermittelt und fragt: Wer hat gesehen, wie jemand von hinten an einem Rucksack hantiert hat?

Golf beschädigt, Fahrer haut ab

Marburg. Unfallflucht: Der betroffene blaue VW Golf stand nicht mal fünf Minuten am rechten Fahrbahnrand vor dem Anwesen Kappesgasse 4. Als der Fahrer zurückkehrte, bemerkte er sofort die frischen Kratz- und Abriebspuren hinten links an der Stoßstange. Hinweise auf den Unfallverursacher fand der Mann nicht. Der Schaden am Golf beträgt etwa 500 Euro. Der Unfall muss am Dienstag, 13. Februar, gegen 11 Uhr passiert sein, teilt die Polizei Marburg mit und bittet Zeugen, sich bei ihr melden.

Kontakt zu Kripo und Polizei: 06421/4060.

MELDUNG

Grüne Schule

Marburg. Zum Abschluss der Wintersaison bietet die Grüne Schule des Neuen Botanischen Gartens nochmals Taschenlampenführungen für alle Altersgruppen an. Termine sind Mittwoch, 21. Februar, und Freitag, 23. Februar, jeweils ab 19 Uhr. Ebenfalls an Kinder und Erwachsene richtet sich der zweistündige Workshop „Ostereierfärben mit Naturfarben“. Er findet am Freitag, 23. März, von 15 bis 17 Uhr statt. Bereits gekochte Eier können mitgebracht oder vor Ort erworben werden.

Infos zu den Kosten und Anmeldungen für alle Veranstaltungen bei Dr. Kerstin Demuth, Telefon 06421/82116.



Parkende Elektroautos. Archivfoto

Magistrat plant Gratisparken für E-Autos

von Björn Wisler

Marburg. Elektrofahrzeuge sollen künftig kostenlos parken dürfen. Der Magistrat hat einen Nachtrag zur städtischen Parkgebührenordnung aufgelegt, sodass Elektrofahrzeuge pauschal von der Zahlung von Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum befreit werden. Gewerbliche Parkflächen sind von der Regelung ausgenommen, auch die Höchstparkdauer dürfe laut Magistrat nicht überschritten werden. Als „falscher Weg der Förderung des Individualverkehrs“ kritisiert Jonathan Schwarz (Linke) den Schritt, für billigere Bus-Tickets, für einen Gratis-ÖPNV zu sorgen sei angesagt. Die Zahl der Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen hat sich in den ersten Wochen dieses Jahres im Vergleich zu Anfang 2017 um 109 Prozent auf 2764 Fahrzeuge gesteigert. Laut Branchenverbänden konnten 2017 deutschlandweit im vergangenen Jahr 54.500 E-Autos verkauft werden.

Computer-Kosten steigen weiter

Piratenpartei regt für Fachdienste einen Umstieg auf alternative PC-Programme an

Windows, Office und Co: Die Erneuerungen von Lizenzen und Aktualisierungen von Software kostet die Stadtverwaltung im laufenden Jahr rund 100.000 Euro mehr als im Vergleich zum Vorjahr.

von Björn Wisler

Marburg. Das geht aus dem aktuellen Haushaltsentwurf der Stadt Marburg hervor. Bereits seit Jahren steigen die Beträge, die die Kommune für die Nutzungsrechte, für die Aktualisierung der Büro-Infrastruktur ausgeben muss. Kosteneinsparung, Unabhängigkeit von Großkonzernen wie Microsoft und eine durch alternative Programme zu ermöglichende Hardware-Schonung: Die Piratenpartei fordert seit Jahren einen Umstieg auf sogenannte OpenSource-Lösungen. Dabei handelt es sich um PC-Programme, deren Programmierungs-Code öffentlich eingesehen, geändert und meist kostenlos genutzt werden kann. Bekannte Beispiele sind Linux, LibreOffice oder Firefox.

Laut Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) „verfolgt die Verwaltung den OpenSource-Gedanken weiter“, jedoch sei eine Umstellung auf

die Benutzung von freier Software auch wegen etwaig auftretender Kompatibilitäts-Probleme „nicht mal eben so machbar“ und müsse im gesamten kommunalen Gebilde umgesetzt werden. Als eine Vorreiter-Kommune gilt die Stadtverwaltung Schwäbisch Hall.

Der Einsatz von OpenSource-Programme ist anderswo allerdings bereits gescheitert: 14 Jahre nach dem Schritt in München beschloss die Kommune im vergangenen Jahr eine Abkehr von Linux und anderer freier Software wie Internetbrowsern oder Email-Programmen, wechselt in den kommenden Jahren schrittweise zu Microsoft-Produkten wie Windows oder Office. Auch in Freiburg kehrte die Verwaltung nach einigen Jahren der Nutzung von OpenSource-Software zu Programmen etwa vom US-Unternehmen Microsoft zurück.



Der Betrieb von Servern und Büro-Computern inklusive regelmäßiger Software- und Lizenz-Aktualisierungen verursachen in der Stadtverwaltung steigende Kosten.

Archivfoto